

Zusammenfassung der Parteien-Antworten

Die Antworten der **CDU** sind sehr allgemein und brauchen nicht mehr Raum als die Fragen – den größten für ein Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie. Einkommens- und Vermögensunterschiede seien rückläufig, aber die Abgeltungssteuer soll entfallen. Wachstum sei von hoher, die Verbindung von Ökologie und Ökonomie von zentraler Bedeutung und die Bewahrung der Schöpfung seit jeher ein Kernanliegen. Im Übrigen verweist die CDU auf bereits beschlossene Finanzmarktregelungen und Energieeffizienzprogramme sowie auf die Vorreiterrolle Deutschlands bei der digitalen Mensch-Maschine-Vernetzung und bei der grünen Technologie. Konkret plant die CDU eine Marktstabilitätsreserve zur CO₂-Reduktion, eine Rentenkommission und eine starke Finanzmarktaufsicht und hinreichende parlamentarische Kontrolle.

Die **SPD** zeigt sich problembewusster und antwortet konkreter: Eine ganze Seite ist dem Klimaschutz gewidmet – mit Zielwerten, Fristen und Instrumenten (erneuerbare Energie, „Grüner Wasserstoff“, Brennstoffzellen, Netzausbau, Mieterstrommodelle, Photovoltaik-Modelle, Quartierspläne, Emissionshandel bzw. CO₂-Mindestpreise und alternative Wärmeversorgung). Stein- und Braunkohlekraftwerke sollen schrittweise in die Reserve bzw. Sicherheitsbereitschaft überführt werden. Aber: (Soziale) „Strukturabbrüche werden wir nicht zulassen“. Die Digitalisierung will die SPD vor allem mit Qualifizierung, dem Arbeitslosengeld Q und einem persönlichen Chancenkonto begleiten. 3,5% des BIP sollen bis 2025 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung begegnet die SPD mit der Einführung einer Reichensteuer, einer Reform der Erbschafts- und (auf europäischer Ebene) Körperschaftssteuer und mit der Abschaffung der Abgeltungssteuer und des Soli für untere und mittlere Einkommen. Der Einkommenssteuersatz von 42% soll erst ab 60.000 Jahreseinkommen gelten, aber ab 76.200 € auf 45% ansteigen. Nachhaltigkeit definiert die SPD mit „wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft“ und strebt Wohlergehen für alle innerhalb der Belastungsgrenzen unseres Planeten an. Dabei könnte ein Wohlfahrts-Index auf europäischer Ebene das BIP als Fortschrittsindikator ergänzen. Die Finanzmärkte will die SPD europaweit mit einer Euroraum-Wirtschaftsregierung, einem gemeinsamen Finanzbudget und einer wirksamen Besteuerung kontrollieren und auf die reale Wirtschaft ausrichten. Hinsichtlich des übergroßen ökologischen Fußabdrucks fordert die SPD ein Umlenken der Wegwerfkultur auf Leasing- und Leihsystemen sowie eine Stärkung von Abfallvermeidung und Recycling. Jeder Bürger sei mit seiner Konsumententscheidung mitverantwortlich für Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit. Für die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele strebt die SPD eine „international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle“ Deutschlands an – mit klarer Diagnose, Zielkatalogen und Indikatoren. Soziale Not aus „Strukturabbrüchen“ dürfe es aber auch hier nicht geben. Die repräsentative Demokratie will die SPD durch Weiterentwicklung des Petitionsrechts (u.a. Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen) ergänzen.

Ähnlich inhaltsarm wie bei der CDU sind die Antworten der **FDP**: Den Klimaschutz sollen ein weltweiter Preis für CO₂-Emissionen, langfristige Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität sichern. Einen Verzicht auf fossile Energieträger hält die FDP (wie die CDU) „wohl auf absehbare Zeit“ für unmöglich. Dagegen sollen Müllvermeidung, Recycling und Stärkung der Herstellerverantwortung die ökologischen Grenzen einhalten – zusammen mit der „Innovationskraft des Wettbewerbs“ und „Fortschrittsoptimismus“. Mit Flexibilität und Freiheit seien auch die Chancen der Digitalisierung zu nutzen (Arbeit werde nicht weniger, sondern anders). Die Schere zwischen Arm und Reich hält die FDP für weniger problematisch als die zwischen Bürger und Staat. Mit 30 Mrd. € soll insbesondere der Mittelstand steuerlich entlastet werden. Auch die FDP fordert ein „intelligentes Wachstum“, das ökologische Ziele nicht ausschließe. Die Finanzmärkte seien durch „Basel III“ hinreichend begrenzt, dennoch seien kleine und mittlere Banken besser zu stellen. Gegen den übergroßen ökologischen Fußabdruck der Deutschen setzt die FDP auf die Vernunft des Menschen, Aufklärung und Transparenz sowie Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft. Dabei könnten Zielkonflikte zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit nur „einzelfallbezogen“ gelöst werden. Im Übrigen seien die globalen Nachhaltigkeitsziele nur zusammen mit den europäischen Partnern und Mut zu Neuem zu erreichen.

Die **LINKE** fordert zur Umsetzung der Pariser Klimaziele die LINKE u.a. ein Kohleausstiegsgesetz, eine Verkehrs-(nicht nur Antriebs-)wende und einen nationalen CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel. Die Kohleverstromung soll 2035 beendet sein, aber durch verschiedene soziale Schutzmaßnahmen begleitet werden. Der Strukturwandel durch die Digitalisierung könne Investitionen in Millionen neue Arbeitsplätze „in kurzer Vollzeit (30-35 Stunden pro Woche)“ im Bildungs- und Gesundheitswesen ermöglichen. Der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung will die LINKE begegnen mit einem Mindestlohn von 12 €, einer Vermögenssteuer (5% ab 1 Mio), einer Einkommenssteuerreform (Entlastung unter 7.100 € Monatseinkommen, darüber schrittweise Belastung), einer Reichensteuer und Erbschaftssteuerrhöhung. Abgeltungssteuer und Ehegattensplitting sollen ersetzt werden. Das „blinde Wachstum“ der Wirtschaft will die LINKE durch Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau und eine „Verallgemeinerung der sozialen Sicherungssysteme“ ablösen. Das BIP habe als Indikator vielfältige Mängel und sollte durch die 3 Indikatoren „Bruttogehalt je Beschäftigten“, Vermögen der 1% Reichsten zu dem der „unteren“ Bevölkerungshälfte und den ökologischen Fußabdruck ersetzt werden. Der Hamburger Wohlfahrts-Index sei zu komplex. Zur Verhinderung von weiteren Finanzkrisen will die LINKE Großbanken entmachten und den Finanzsektor auf Zahlungsverkehr und Kreditvergabe für die Realwirtschaft konzentrieren. Die Steuerkriminalität und das Ausweichen in Niedrigsteuer-Staaten soll durch Personalverstärkung, ein Transparenzregister und eine Quellensteuer von Auslandsanlagen von 50% bekämpft werden. Gegen den übergroßen ökologischen Fußabdruck der Deutschen schlägt die LINKE eine Reihe von (Suffizienz-)Maßnahmen vor, z.B. Pfandpflicht und Mindestnutzungsdauer für Elektrogeräte und ein Mengenregulierungssystem für ausgewählte Ressourcen. Der Zielkonflikt zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit werde nicht gelöst, solange die Indikatoren der UNO und die

deutsche Nachhaltigkeitsstrategie an der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung und am BIP als Wohlfahrtsindikator festhalten und Suffizienz aussparen. Die LINKE unterstreicht die Notwendigkeit einer „sozial-ökologischen Transformation“ und verweist auf ihr umfassendes Programm dazu. Probleme der repräsentativen Demokratie sieht die LINKE vor allem in der Fixierung auf die „schwarze Null“.

Die (Bundes-) **GRÜNEN** streben mit einem nationalen Klimaschutzgesetz den vollständigen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 an wollen dazu die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke unverzüglich abschalten. Ab 2030 sollen nur noch abgasfrei angetriebene Autos neu zugelassen werden. Ein CO₂-Mindestpreis sei – möglichst europaweit – einzuführen. Ergänzend wollen die Grünen 50 Mrd.€ ökologisch schädlicher Subventionen abbauen und dem Klima- und Ressourcenschutz zuführen. Keine Antwort geben die Grünen auf die Herausforderung der Digitalisierung und der „Industrialisierung 4.0“. Gegen die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung setzen die Grünen auf eine Heraufsetzung des Grundfreibetrages, einer Anhebung des Spitzensteuersatzes ab 100.000 € Single-Einkommen, ein Familienbudget von 12 Mrd. € und eine Vermögenssteuer für Superreiche. Die prekäre Beschäftigung soll eingedämmt werden durch Stärkung der Tarifbindung, Entlastung der Geringverdiener, Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen und gleicher Bezahlung von Leiharbeit. Die Grünen wollen das Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Emissionen und von der Lebensqualität abkoppeln. Das diene zugleich der Minderung des ökologischen Fußabdrucks. Dazu setzen sie auf „Kreativität und Erfindergeist“, auf die Share Economy, den Aufbau einer echten Kreislaufwirtschaft und eine Bürgerversicherung. Das BIP alleinigen Wohlfahrtsindikator ergänzen die Grünen bereits heute durch einen Jahreswohlstandsbericht, der wie der Hamburger Wohlfahrts-Index auch soziale und ökologische Indikatoren enthält. Gegen die Risiken des Finanzmarktes wollen die Grünen einfache, aber härtere Regeln für Banken, eine Eigenkapitalquote von 10 %, eine Finanztransaktionssteuer und ein echtes Trennbankenmodell (getrenntes Einlagen- und Handelsgeschäft) einführen. Die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der UNO haben die Grünen zur Handlungsleitlinie gemacht. Sie fordern konkrete Umsetzungspläne, ihre regelmäßige Überprüfung und eine „ambitionierte Nachbesserung der deutschen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie“. Dazu gehöre auch eine institutionalisierte Prüfung des Regierungshandels auf Nachhaltigkeits-Kompatibilität. Im Übrigen teilen die Grünen die Forderung nach einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation und fördern dafür den Wettbewerb um die besten technischen Lösungen. Die repräsentative Demokratie sei gut, aber zu ergänzen durch Volksentscheide auf Bundesebene, mehr Transparenz durch ein Lobbyregister, Herabsetzung der Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden, eine Verlängerung der „Karenzzeit“ für ausscheidende Politiker und eine Ausschussöffentlichkeit.

Für die **ÖDP** ist Pariser Klimaschutzabkommen ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie will alle Regenwälder erhalten, den Ressourcenverbrauch einschließlich der Massentierhaltung höher und legale Arbeit niedriger besteuern („Steuerreform für Arbeit und Umwelt“). Ausnahmen von der EEG-Umlage dürfe es nur für Branchen geben, die im internationalen Wettbewerb stehen. Der Kohleausstieg bis 2030 sei durch Umschulungsmaßnahmen für

betroffene Arbeitnehmer*innen abzufedern. Für Hamburg lehnt die ÖDP die Elbvertiefung ab und fordert ausschließliche Landstromversorgung der (Kreuzfahrt-)Schiffe, ein grundsätzliches Tempolimit von 30 km/h und eine stärkere Förderung des Radverkehrs. Um den Risiken der Digitalisierung zu begegnen, setzt die ÖDP vor allem auf Bildung, diskutiert aber auch das bedingungslose Grundeinkommen und eine „Postwachstumsökonomie“ mit einer Reduzierung der Arbeitszeiten. Der Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung setzt die ÖDP einen Mindestlohn von 12 €, eine Befreiung des Grundbedarfs von der Mehrwertsteuer, eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen und Erbschaften und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes entgegen. Die ÖDP versteht sich als wachstumskritisch und will die Ideen der Postwachstums- und Gemeinwohlökonomie in der Öffentlichkeit diskutieren. Der Hamburger Wohlfahrts-Index sei ein besserer Wohlstands-Indikator als das BIP. Gegen die Risiken der Finanzsphäre fordert die ÖDP eine globale Transaktionssteuer, die Trennung der Banken in Kredit- und Investmentinstitute, eine Regulierung von Spekulationsfonds und eine erweiterte Banken-Haftung. Zur Senkung des übermäßigen ökologischen Fußabdrucks soll der Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden. Verboten steht die ÖDP „skeptisch“ gegenüber. Zielkonflikten zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit will die ÖDP durch die Steuerreform und die Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative begegnen. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) teilt die ÖDP „vollumfänglich“. Verlorengangenes Vertrauen in die repräsentative Demokratie will die ÖDP zurückgewinnen durch ein verbindliches Lobbyregister, ein Verbot von Firmenspenden für Parteien und ein Limit von 50.000 € für Privatspenden. Die Abgeordneten sollen ihre Einkünfte genau offenlegen und eine gesetzliche Rente erhalten. Die Amtszeit der Bundeskanzler*in sei auf zwei Legislaturperioden zu beschränken.

Die **AfD** hat auf die Fragen des Zukunftsrats nicht geantwortet.